

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 171

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver  
Freitag, den 24. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal.  
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des  
Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Im Reichstag wurde die große politische Aussprache mit einer Rede des Reichsaussenministers Stresemann eröffnet.

\* Das Zollkompromiß der Regierungsparteien wird nunmehr der Öffentlichkeit übergeben.

\* Die deutsche Antivortnote hat im In- und Ausland eine günstige Aufnahme gefunden.

\* Durch Explosion auf einem argentinischen Kreuzer wurden acht Matrosen getötet, neunzehn schwer verletzt.

## Der deutsche Standpunkt.

Die Antwortnote, die die deutsche Regierung der französischen Note vom 16. Juni nun entgegenstellt hat, hatte zwei Ziele: Es galt einmal, die Entwicklung der Dinge wieder auf den Standpunkt zurückzuführen, den wir durch unser Memorandum vom 9. Februar eingenommen hatten und der durch die Briand'sche Note verlassen worden war. Zum zweiten war es notwendig, gegenüber dieser Verschleierung durch Auffstellung neuer Ziele nun die Hauptstreitpunkte herauszuarbeiten, über die eine Auseinandersetzung erfolgen muß, ehe man zu einer Konferenz zwecks endgültiger Regelung schreiten kann. Ganz außerordentlich scharf, auch äußerlich durch die Dreiteilung, sind diese Kardinalpunkte herausgearbeitet, die man kurz als den Streit um die unbedingte Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge, dann um die Gestaltung der Schiedsverträge und schließlich um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund überschreiben darf. Dabei sei eingeschaltet, daß auch jene deutschen rechtsstehenden Kreise, die mit der Sicherheitspolitik Stresemanns nicht einverstanden sind, mit der nach Arbeit drängenden Formulierung des deutschen Standpunktes zufrieden sein können, vor allem aber mit jener deutschen Erklärung, daß die bestehenden Verträge durch den Abschluß eines Sicherheitspaktes nicht berührt werden, die deutsche Regierung aber sich auf den Standpunkt stellt, daß diese Verträge zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen. Dieser Satz ist nichts anderes als eine Zitiierung des Art. 19 der Völkerbundsatzung! Der Abschluß des Paktes wird also nicht abhängig gemacht von einer Abänderung der Verträge, aber der Pakt kann nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die bestehenden Verträge.

In verbindlicher Form, aber in der Sache entschieden wird der französische Versuch abgewiesen, als Garant für etwaige deutsche Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei auch bei der Regelung unserer Ostfragen eine entscheidende Rolle spielen zu wollen. Das ist aus zwei Gründen nicht möglich. Einmal versteht Frankreich unter Schiedsgerichtsverträgen etwas ganz anderes als wir. Während wir nur bei juristischen Streitfragen ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren anerkennen und in unseren Verträgen mit Finnland, Schweden usw. vereinbart haben, will Frankreich auch für politische Streitfragen ein derartiges obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren mit zwingender Vollstreckung gegenüber dem schuldig befundenen Teil angewandt wissen. Wir wollen für solche Streitfragen nur ein Vergleichsverfahren anerkennen. Und der zweite Grund, weswegen wir eine Einflußnahme Frankreichs auf unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn ablehnen müssen, ist der fast naiv zu nennende Standpunkt Briands, Frankreich könne als Garant derartiger deutscher Schiedsgerichtsverträge — nach Westen wie nach Osten — einseitig eine Entscheidung darüber fällen, ob irgendein deutscher Verstoß gegen einen Vertrag vorliege, und aus dieser Entscheidung dann ohne weiteres das Recht entnehmen, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Naiv ist diese Ansicht, weil dieser Garant ein so besangener Richter wie nur möglich ist; denn dieser Richter und Garant hat ja seine militärischen Sondermacht- und -trübsündnisse mit der Tschechoslowakei und Polen. Wir würden, wenn wir diesen Vorschlägen Briands zustimmen würden, Frankreich ein Recht einräumen, das Einmarsch- und Durchmarschrecht in das Rheinland hinein, das ihm in dieser Form nicht einmal der durchaus nicht zurückhaltende Septembervorschlag des Völkerbundes zuerkannt.

Deutschlands Verhältnis zu dem Völkerbund — auch hier entwickelt die deutsche Note in verbindlicher Form, aber darum nicht minder deutlich, unseren Standpunkt. Hatte Briand den Abschluß des Sicherheitspaktes von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht, so sind wir demgegenüber der Ansicht, daß dieser Pakt dem Völkerbundstatut zwar nicht widersprechen dürfe, daß wir uns aber der alliierten Auffassung nicht anschließen können über die vorherige Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Wieder werden die Hauptbedenken Deutschlands aufgenommen, dazu aber wird der neue Gedanke in die Debatte geworfen: Deutschland ist angeht seiner vollständigen Entwaffnung anders zu behandeln wie die anderen militärisch gerüsteten Staaten, bis zu dem Augenblick, da die allgemeine Abrüstung verwirklicht ist; denn erst von diesem Augenblick ab kann man von Deutschland als einem wirklich gleichberechtigten Mitglied des Völkerbundes reden. Das ist der Punkt, um den sich hinsichtlich des Eintritts Deutschlands unser Streit mit den Alliierten dreht, ein Punkt, über den nach Feststellung auch dieser unserer Antwortnote die Mitteilung des Völkerbundesrates vom 13. März eine Klärung nicht gebracht hat.

Wir verlangen von den Alliierten aber, daß sie dem unerläßlichen Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Rechnung tragen — und nur wenn diese Vorbedingung in den nun folgenden Verhandlungen grundsätzlich anerkannt wird, haben derartige weitere Verhandlungen einen Zweck. Ob sie anerkannt werden, kann vielleicht schon die angeblich sehr bald erfolgende neue französische Antwort lehren.

## „Friedensoffensive größten Stils“

### Die außenpolitische Aussprache.

#### Deutscher Reichstag.

(99. Sitzung.)

OB. Berlin, 22. Juli.

Der Reichstag nahm in zweiter und dritter Lesung die Vorlage zur Änderung der Versorgungsgesetze in der Ausschussfassung zugleich mit einer von den Regierungsparteien und Demokraten eingebrachten Entschließung an, wonach der Reichstag mit Bedauern davon Kenntnis nimmt, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches den Anträgen auf Wiedergewährung der Zulagen an Angehörige der ehemaligen Wehrmacht und an ehemalige Kolonialbeamte nur in völlig unzureichendem Maße entsprochen werden konnte. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung diese Fragen weiterverfolgt und, sobald die finanziellen Verhältnisse es gestatten, eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringt. Dann trat das Haus in die Fortsetzung der ersten Lesung des

#### Uniformengesetzes

ein. Präsident Lobe wies auf die stürmischen Vorgänge in der letzten Sitzung hin. Die völkische Fraktion habe sich über den Vizepräsidenten Dr. Bell beschwert. Dieser habe aber glaubhaft nachgewiesen, daß er in dem Tumult nicht anders handeln könne. Der Präsident stellte fest, daß der Abgeordnete v. Ramin erklärt habe, die Revolution und die Republik seien „das Symbol einer hündischen Unterwürfigkeit gegenüber den Versailler Feinden“. Hätte Dr. Bell das gehört, so hätte er das gerügt. Der Präsident rief den Abg. v. Ramin nachträglich zur Ordnung. Dieser hatte weiter erklärt, es seien damals 30 Offiziere erschossen worden, denen man vorher Schonung zugeagt habe. Der Präsident rief weiter die Abgeordneten Sellmann, Müller-Franken und zwei andere Sozialdemokraten wegen Beschimpfung des Abg. v. Ramin zur Ordnung.

In einer weiteren Äußerung des Abgeordneten v. Ramin gegen Sellmann, in der jener Sellmann einen „Jammerlappen“ nennt und die in einer Aufforderung zum Duell ausstiegt, erwiderte der Präsident eine Bedrohung mit dem Tischsäge und erklärte, er würde den Abgeordneten v. Ramin deswegen aus dem Saale gewiesen haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Ramin (Bölk.) setzte dann seine Rede fort. Er berichtete, er habe nur gehört, daß 13 Offiziere erschossen worden seien. (Großer Lärm links.) In Erregung sei er geraten, da die Sozialdemokraten dauernd „Prinz Eitel-Schieberich“ riefen. Der Redner verlas dann eine abfällige Kritik des Sozialdemokraten Röske über Rühn, der sich als Präsident von Oldenburg aufgespielt habe. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Brüninghaus (D. Bp.) wies die sozialdemokratischen Angriffe gegen die alte Armee und den selbgrauen Mod mit aller Entschiedenheit zurück und legte gegen diese Art und Weise der Debatte scharfe Verwahrung ein. (Beifall rechts.) Abg. Radel (Komm.) nannte den Abg. v. Ramin einen Schwindler und erhielt eine Rüge des Präsidenten.

Auf der Tagesordnung stand sodann die außenpolitische Aussprache. Sie wurde eingeleitet durch eine

#### Rede des Außenministers.

Dr. Stresemann verwies dabei auf seine Erklärung vom 18. Mai, daß eine Lösung der Sicherheitsfrage ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus dieser grundsätzlichen Haltung hätte sich die weitere Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage des Sicherheitspaktes ergeben. Welche Mächte sich an diesem Vertragswerk noch beteiligen würden, ließe sich zur Stunde noch nicht übersehen. Zweifelhaft sei dabei noch die Stellung Italiens, das sich hoffentlich auch daran beteiligen werde. In der Frage des Völkerbundes hätte die Reichsregierung ausgesprochen, daß sie den Gedanken des Völkerbundes der gewaltsamen Entscheidung einzelner Mächte entgegenstelle. Deutschland hätte den Gedanken abgelehnt, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Selbstamt gleichzeitiger Unparteilichkeit sein könne. Es habe auch abgelehnt, das Schiedsgerichtsverfahren einführen zu lassen durch das einseitige subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese Darlegungen des deutschen Standpunktes hätten in Paris und London volle Würdigung gefunden, so daß die Hoffnung auf ein positives Ergebnis berechtigt erscheine. Die Reichsregierung hoffe, daß die Lösung sich vollziehe in der Atmosphäre der Londoner Konferenz. Die Reichsregierung werde in dieser Hoffnung bestärkt durch die Tatsache, daß Frankreich und Belgien die

#### Ruhräumung noch vor dem vertragmäßigen Termin vorgenommen

hätten. Er stünde nicht an, der Genugtuung über diese Befundung des guten Willens Ausdruck zu geben. Frankreich und Belgien hätten das getan, obwohl sich der Abgeordnete Graf Reventlow trümpfhaft um den Nachweis bemüht habe, daß nach dem Wortlaut des Londoner Vertrages diese Länder noch gar nicht zur Räumung verpflichtet seien. Die Reichsregierung hoffe, daß ein weiteres Entgegenkommen der anderen Mächte der Vertrauenskrise ein Ende mache, die durch die Nichträumung der Kölner Zone in der Vertragsfrist entstanden sei. Die demnächstige Räumung der Sanktionsstrafe sei angekündigt worden, und man habe keinen Anlaß, an der Verwirklichung dieser Zusage zu zweifeln.

#### Die Frage des Sicherheitspaktes

sei nicht etwa von der deutschen Regierung plötzlich in die Debatte geworfen, sondern sie bilde schon seit Jahren den Gegenstand der Verhandlungen zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten. Deutschland sei an dieser Frage außerordentlich stark interessiert. Der Versailler Vertrag könne nicht auf die Dauer Gegenstand einseitiger Auslegung der einen Vertragspartei sein.

Die Regierung wolle durch das große Sicherheitswert auch vor solchen Gefahren

#### das deutsche Rheinland besser schützen

als bisher. Sie wolle mit dem Sicherheitswert zur Befriedung und wirtschaftlichen Gesundung ganz Europas beitragen. Ohne die gemeinsame Arbeit aller Weltgebiete würden weder die französischen Finanzgüter noch die deutschen Wirtschaftsgüter behoben werden können. Deutschland hoffe auf ein gutes Gelingen des Sicherheitsvertrages; an seinem guten Willen solle es nicht fehlen. Die allgemeine Gefunduna

tam nur eintreten in einem befriedeten Europa, nicht in einem Europa der Sanktionen und des gegenseitigen Mißtrauens. Die Reichsregierung begrüßt in der Ruhräumung das Ende der Sanktionspolitik. Die gerade Linie, die von der Londoner Konferenz zur Ruhräumung führte, werde hoffentlich auch zu einer geordneten Lösung des Sicherheitsvertrages führen. Die Reichsregierung habe jetzt eine

#### Friedensoffensive größten Stiles

begonnen. Der Kurs der Reichsregierung gehe dahin, daß ihre Bemühungen zu einem günstigen Erfolge führen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnete es zunächst als eine Mißachtung der Rechte des Parlamentes, daß der Reichstag erst jetzt Gelegenheit erhalte, nachträglich zu den wichtigsten außenpolitischen Aktionen der Regierung Stellung zu nehmen. Das sei um so bedenklicher, weil die deutschnationale Regierungspartei behauptete, daß sie an das Februarmemorandum der Regierung nicht gebunden sei, und weil auch der deutschnationale Innenminister Schiele sich ähnlich geäußert habe. Um diesen eigenartigen Konflikt aufzuklären, sei die sozialdemokratische Interpellation eingebracht worden, nicht etwa, um die Regierung zu stürzen (Lachen und Zwischenrufe rechts). Der Konflikt innerhalb der Regierung scheine jetzt beseitigt zu sein durch das Talent des Reichskanzlers Luther, der, weil er mit politischen Grundfragen nicht allzusehr belastet sei, der geborene Mann des Kompromisses sei (Heiterkeit). Seine Parteifreunde könnten, obwohl sie im vorliegenden Falle der Außenpolitik nicht opponierten, sich zu einer Billigung der Regierungspolitik nicht entschließen, da sie ja nicht wüßten, wem sie dabei ihr Vertrauen aussprechen sollten, Stresemann oder Schiele, Luther oder Gehler oder gar Graf Ramin, dem Vater des Volkstums. Die Politik des Sicherheitspaktes sei die Fortsetzung der Verständigungs- und Erfüllungspolitik, die unter Bismarck und Rathenau so heftig von den Deutschnationalen bekämpft und geschmäht worden sei. Der jetzige Sicherheitspakt ginge sogar noch hinaus über die damalige Erfüllungspolitik. Wenn Graf Westarp noch vor einigen Tagen erklärt habe, daß ein Verzicht auf Elsaß-Lothringen für seine politischen Freunde unannehmbar sei, so sage er, der Redner, hier sei der

#### Verzicht auf Elsaß-Lothringen

direkt ausgesprochen. In der französischen Note sei der Gedanke der Schaffung eines Garantien für Schiedsverträge aufgetaucht. Frankreich wolle den Schiedsvertrag, den Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abschließen würde, Polen garantieren. Die Sozialisten würden ebenso wie die Rechtsparteien gegen eine derartige einseitige Garantie Widerspruch erheben. Wer den Frieden wolle, müsse obligatorische Schiedsgerichte auch bei politischen Verträgen anerkennen. Das hätte die deutsche Regierung Briand direkt sagen müssen, was aber leider nicht geschehen sei. Es sei ein gutes Zeichen, daß die deutsche Regierung sich in letzter Zeit öfter auf den Völkerbund berufen habe.

Graf von Westarp (Dtn.) meinte, das außenpolitische Interesse gebiete, eine breite und starke parlamentarische Rückenbedeckung für das Kabinett zu schaffen. Die neue Note sei in einer ganz anderen politischen Situation als das Februarmemorandum entstanden. Die sozialdemokratische Interpellation sei schon überholt. Der Abg. Breitscheid hätte hier eigentlich

#### mehr im französischen als im deutschen Interesse

gesprochen. Der Entwurf, daß die Deutschnationalen ihre außenpolitischen Grundzüge um der Getreidebörsen willen verkauft hätten, sei zu niedrig, um sich damit auseinanderzusetzen. Seine Parteifreunde hätten die Grundgedanken der Politik der letzten deutschen Note gebilligt. Ob der darin erstrebte Weg der Verhandlung beschritten werden könne, sei abhängig von dem Inhalt der Antwort. Die Note sei nur eine Fortsetzung der Meinungsäußerung, und das erleichtere auch den Deutschnationalen die Zustimmung.

Die Note bedürfe einer sehr wichtigen Ergänzung. Als gleichberechtigter Partner könne Deutschland an den Verhandlungen sich nur beteiligen, wenn das Ruhrgebiet und die Sanktionsstrafe vollständig geräumt seien. Dabei dürfe es sich nicht nur um eine Verlegung der Truppen in andere Teile des besetzten Gebietes handeln. Bei der Räumung handle es sich nur um die Befreiung eines Deutschland zugehörigen beispiellosen Unrechts. Diese Räumung müsse nicht einen Gegenstand, sondern die Voraussetzung der Verhandlung bilden.

Ebenso liege es mit den anderen klaren Rechtsansprüchen Deutschlands, die noch unerfüllt seien: mit der Befreiung allen Unrechts im Saargebiet, mit der Rücknahme der ungerechtfertigten Forderungen der Entwaffnungsnote und der Lustnote, mit der längst überfälligen Räumung der Kölner Zone. Seine Freunde billigten und begründeten es, daß in der deutschen Note im Gegensatz zu der Note der Alliierten die Notwendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werde, daß bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Einverständnisses zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen sind.

Mit vollem Recht werde auch betont, daß das wehrlose und vollständig entwaffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerbund angesehen werden könne, solange nicht die allgemeine Abrüstung der Welt praktisch verwirklicht würde. Die Deutschnationalen billigten auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom 9. September Bezug nimmt. Insbesondere gelte das von der Verwahrung, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund unmöglich

die moralischen Belastungen des Versailler Vertrages erneut anerkenne. Wenn seine Freunde und er der Note heute zustimmten, so geschähe das in der bestimmten Erwartung, daß das Kabinett als Ganzes wie bei dieser Note so auch hinfort in geschlossener Einheit und entschlossener Festigkeit die Würde und Lebensnotwendigkeiten Deutschlands wahren und auf das Recht der deutschen Nation und seine Freiheit dringen werde.

Abg. Dr. Raas (Ztr.) führte aus, jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. Deutschland brauche eine aktive Außenpolitik, seine Partei würde es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innerpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten politischen machtpolitischen Zukunftsspekulation. Deutschland erkenne mit der Note die westliche Grenze des Versailler Vertrages an. Damit sei aber noch nicht als gerecht anerkannt,

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Parler Gilbert über Deutschlands Wirtschaftslage.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Parler Gilbert, veröffentlicht einen zusammenfassenden Bericht über seine Tätigkeit sowie über die deutschen Leistungen aus dem Dawes-Plan bis zum 30. Mai d. J., dem er einige Schlussbetrachtungen über Deutschlands noch immer schwierige Wirtschaftslage mit Hinblick auf die weitere Erfüllung des Dawes-Planes folgen läßt. Der Reparationsagent schließt mit der Feststellung, daß die alliierten Regierungen, die deutsche Regierung und alle mit der Durchführung des Dawes-Planes betrauten Stellen offen und ehrlich im Geiste des freundschaftlichen Entgegenkommens zusammengearbeitet haben.

Das Amnestiegesetz vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf für die Reichsamnestie in erster und zweiter Lesung mit 38 gegen 17 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmten Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lübeck und die preussischen Provinzen Pommern und Hessen-Nassau. Auf Antrag der preussischen Staatsregierung wurde der Umfang der Amnestie insofern erweitert, als unter die Straffreiheit auch die Verbrechen gegen § 92 Nr. 1 St. G. B. (Mitteilung von geheimzuhaltenden Nachrichten) fallen sollen.

Stinnes-Käufe des Preussischen Staates.

Der Preussische Staat hat durch Erwerb des Stinnes'schen Anteils bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken maßgebenden Einfluß gewonnen. Der Erwerb der Aktien ist aus den Mitteln erfolgt, die dem Preussischen Staat vor einiger Zeit vom Reich als Entschädigung für infolge des Friedensvertrages verlorengegangenes Staatsvermögen überwiesen wurden. Es war von Anfang an beabsichtigt, diese Beträge wieder in verboden Anlagen für den Staat anzulegen.

### Frankreich.

Die Frage der interalliierten Schulden. Finanzminister Caillaux und Außenminister Briand haben in Anwesenheit von Sachverständigen über die Frage der interalliierten Schulden beraten. Es wurde von dem Meinungsaustausch in Washington und in London Kenntnis genommen. England gegenüber bleibt nur noch ein strittiger Punkt übrig, und zwar, ob Frankreich, wenn Deutschland nicht erfüllt, für die Zahlungen der Schulden an England voll eintreten muß. Im Monat September wird eine französische Finanzmission nach den Vereinigten Staaten entsandt werden. Caillaux hat die feste Absicht, sich wenigstens für einige Tage selbst nach Amerika zu begeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Heinze vollendete am 22. Juli sein 60. Lebensjahr.

Berlin. Die Ausschüßungskommission des Reichstags beschloß, die Ebert-Wüste des Professors Kolbe in der vorliegenden Ausschußung nicht anzunehmen. Der Ausschuß will über eine andere Wüste mit Professor Kolbe oder — auch anderen Künstlern weiterverhandeln.

München. Im Festschach-Prozess ist von dem Verteidiger Festschachs der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt worden. Festschach ist bekanntlich vom Münchener Volksgericht im Oktober 1922 zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt und im Dezember 1924 in widerrechtlicher Weise unter Zuhilfenahme von Bewährungsfrist begnadigt worden.

Münster. Der seit 1902 als Bischof der Augsburg. Diözese wirkende älteste Kirchenfürst Deutschlands, der 88 Jahre alte Bischof Dr. jur. Maximilian von Lingg, beging unter zahlreichen Ehrungen das Fest seines diamantenen Priesterjubiläums.

Paris. In Montebello wurden Soldaten des 23. Infanterieregiments, die nach Marokko aufbrechen sollten, von Kommunisten umringt und aufgefordert, die Waffen wegzulassen. Einem Offizier wurden die Epauletten abgerissen.

London. Die „Nationalistische Regierung von Kanton“ veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Völker der Welt aufgefordert werden, China bei seinem Bestreben, Gerechtigkeit zu erlangen, beizustehen.

Rom. Der Führer der italienischen Demokraten Amendola, der schon vor einigen Monaten das Opfer eines Festschach-Anschlages war, ist in der Nähe von Florenz wiederum von Faschisten überfallen und schwer mißhandelt worden.

Warschau. Die polnische Regierung hat dem Stadttheater Kattowitz untersagt, in der kommenden Spielzeit deutsche Aufführungen zu veranstalten.

Lissabon. Die Regierung Silva ist gestürzt worden. Die revolutionäre Bewegung wird amtlich als erfolglos bezeichnet.

## Lokales und Provinzielles.

Halver, den 24. Juli 1925

Würdiges Verhalten im Ausland. Der Rektor der Thüringischen Landesuniversität Jena hat eine Kundgebung an die akademische Jugend erlassen, in der er auf würdiges Verhalten im Ausland hinweist. Auch andere Kreise könnten sich die Mahnungen des Rektors sinnig gemäßen hinter die Ohren schreiben. In der Kundgebung heißt es u. a.: „Es ist in letzter Zeit mehrmals vorgekommen, daß deutsche Studenten ohne die unbedingt erforderlichen Mittel ins Ausland gereist sind, so daß sie nach kurzer Zeit die Mithildigkeit Privater im Ausland in Anspruch nehmen mußten. Es ist vorgekommen, daß deutsche Studenten nichtdeutsche Besitzer öffentlicher Lokale in den betreffenden Ländern um kostenfreie Nahrung gebeten haben. Durch derartige Vorfälle, die, wie sich aus zuverlässigen Nachrichten ergibt, in weiten Kreisen bekannt und besprochen worden sind, ist das deutsche Ansehen, namentlich aber die Achtung vor der deutschen Intelligenz geschädigt worden. Ich halte ein derartiges Verhalten deutscher Studierender als der Würde unseres Vaterlandes nicht entsprechend.“ Man kann diesen Mahnungen zur Würde angesichts der häufigen Klagen nur voll zustimmen.

Winkel für das heiße Wetter. Wenn man erhitzt ist, vermeide man die „kühlsten“ Stellen in der Wohnung zwischen Fenster und Tür sondern setze sich an einen Platz, an dem es nicht zieht. Man erhält ein Zimmer kühl, wenn man die Fenster schließt und die Jalousien herunterläßt, sobald die Sonnenstrahlen zu wirken anfangen. Nach 3 Uhr können dann die Fenster geöffnet werden. Die beste Decke beim Schlaf während einer heißen Nacht ist ein leichtes Linientuch. Alkohol soll man bei der Hitze möglichst wenig trinken. Das kühnste Getränk ist heißer Tee. Vieles Rauchen vergrößert den Durst da der Mund dadurch trocken und die Kehle rau wird. Der Genuß von süßen Früchten zum Frühstück und zum Mittag ist das beste Mittel, um sich vor Ermüdung am Nachmittag zu bewahren. Fleisch soll man bei Hitze

möglichst wenig essen. Sodann soll man sich trotz der Hitze körperliche Bewegung machen, denn je besser man sich bewegt, desto besser man schläft, desto weniger wird einem die Hitze anhaben.

Der neue Präsident der Eisenbahndirektion. Als Nachfolger des Eisenbahndirektionspräsidenten Dormmüller, der bekanntlich zum ständigen Vertreter des Generaldirektors Deser ernannt worden ist, ist Eisenbahndirektionspräsident Marx aus-ersehen. Präsident Marx hat sich durch sein energisches Einsetzen für die berechtigten Interessen des Elberfelder Bezirks, namentlich für die Belange von Industrie und Handel, weitgehende Sympathien erworben.

Das Kreisverbandsfest der Freiwilligen Feuerwehren von Altena-Lüdenscheid, das am Samstag und Sonntag in Plettenberg begangen wurde, nahm den besten Verlauf. Es war verbunden mit der 40-jährigen Jubelfeier der Freiwilligen Feuerwehr Plettenberg. Von den auswärtigen Wehren war die Beteiligung außerordentlich groß; allein 16 Lastautos kamen mit Festgästen. Die Begrüßung hatte Bürgermeister Dr. Schneider übernommen. Die Verbandsverhandlungen standen unter Leitung des Kreisbrandmeisters Wimmer; die Herren Landrat Dr. Thiemé, Altbürgermeister Köhler waren neben dem Bürgermeister Dr. Schneider zugegen. Vertreter waren 42 Wehren. Die Mitgliederzahl stellt sich auf 2000, das Vermögen auf 653 Mk. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Die Verhandlungen zogen sich weit bis in die Mittagsstunde hin. Festessen, Festzug, Konzert, Liebungen der Plettenberger Wehr, bei denen sie im Steigen und Sturmantritt vorzügliche Leistungen boten, denen ein Ball folgte, füllten den Nachmittag aus. Gleichzeitig war ein Blumentag des Denkmalbauvereins eingerichtet, der durch den Verkauf von Margeriten, Kornblumen und Postkarten einen guten finanziellen Erfolg brachte.

Halver, 22. Juli. Auf Veranlassung des Herrn Superintendenten Turd in Lüdenscheid traten die Vorsitzenden und Vertreter der Presbyterien aus den Gemeinden im Bereich des Finanzamtes Lüdenscheid am 20. Juli zu einer Sitzung im evangel. Vereinshaus in Lüdenscheid zusammen. Der Leiter des Finanzamtes Lüdenscheid Herr Reg.-Rat Dr. Plew berichtete über die geplante Errichtung einer Kirchensteuerabteilung des Finanzamtes Lüdenscheid, eine Einrichtung, die bereits in Hagen, Dortmund und Hamm besteht und demnächst auch in Iserlohn ins Leben gerufen werden soll. Es wurde beschlossen, daß die Angelegenheit zunächst in den Presbyterien verhandelt und darüber dem Herrn Superintendenten berichtet werden soll. Aus Halver nahmen an der Sitzung der Vorsitzende Pastor Dr. Große-Dresselhaus und Kirchenmeister Dornbach teil.

Halver, 24. Juli. Friedericus Rex, das bedeutende Filmwerk der Gegenwart geht in diesen Tagen hierselbst über die Leinwand. Am letzten Samstag und Sonntag brachte der Dilettantenverein „Hohenpollern“ den 1. Abschnitt, Teil 1 und 2, zur Aufführung. In diesem Abschnitt wurde das Jugendleben des späteren großen Königs, u. a. die Verbannung nach der Festung Küstrin, das Leben und Treiben auf Schloß Reinsberg, der Tod Friedrich Wilhelm IV., usw. dargestellt. Der 2. Abschnitt, Teil 3 und 4, kommt am Samstag, den 25. Juli und Sonntag, den 26. Juli zur Aufführung. In diesem Abschnitt kommt das Leben und Wirken Friedrich des Großen während seiner Regierungszeit zur Darstellung. Es werden da Kriege, Schlachten und Episoden aus dem 30-jährigen Kriege vor Augen geführt. Ein Besuch dieses großartigen vaterländischen Filmwerkes kann nur aufs wärmste empfohlen werden. Der 2. Abschnitt kann auch besucht werden, wenn man den 1. nicht gesehen hat. Die Vorstellungen beginnen jeweils um 8 Uhr abends und nehmen ca 2 1/2 Stunden Dauer in Anspruch. In allen Städten wo der Film „Friedericus Rex“ aufgeführt wurde, war das Haus jedesmal ausverkauft.

Schaltmühle, 22. Juli. Wie auch aus anderen Orten berichtet wird, so findet auch hier schon seit Anfang der vorigen Woche eine wahre Plünderung der Preiselbeerente statt. Angelegliche Waldbeerentlicher füllen ihre Behälter mit den fast noch grünen Preiselbeeren. Es ist schade, daß gegen ein solches unverantwortliches Treiben nicht behördlicherseits eingeschritten wird, denn es ist Tatsache, daß bei derartig verfrühtem Suchen fast alles das zerkleinert wird, was nicht dem Raubbau zum Opfer fällt.

Schaltmühle, 22. Juli. Wiederbelebung des Fuhrmannsvereins. Der hiesige Fuhrmannsverein, der im Schaltmühler Vereinsleben vor dem Kriege eine beachtenswerte Rolle spielte, ist namentlich der Anregung einiger älterer Mitglieder endgültig wieder ins Leben gerufen worden. Am vergangenen Sonntag trat der Verein gelegentlich einer Beerdigung zum ersten Male seit mehr als einem Jahrzehnt unter seiner Fahne wieder an die Öffentlichkeit. Vereinslokal ist der Gasthof zur alten Post, Jnh. Theod. Hause. Dort findet am kommenden Sonnabend eine Versammlung des Vereins statt, der bereits wieder über 20 Mitglieder zählt.

Schaltmühle, 22. Juli. Schwerer Unfall auf dem hiesigen Turnplatz. Seit einiger Zeit sind die volkstümlichen Turner des hiesigen Turnvereins eifrig mit den Vorübungen für das diesjährige Harthorbergfest beschäftigt. So auch gestern abend, wobei man unter anderem das Stabhochspringen übte. Leider vergaß man über dem Ueben aber das Heranrücken der Abenddämmerung. Nur so kann es erklärt werden, daß sich gegen 9 Uhr ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignete. Der mit Stabhochspringen beschäftigte Willi Manz aus der Klagebaue stürzte plötzlich und fiel so unglücklich, daß er wie leblos liegen blieb. Der eilrigst herbeigerufene Arzt Dr. Zimmermann war schnell zur Stelle und mußte leider Gehirnerschütterung feststellen. Die ebenfalls bald mit der Tragbahre sich findende Sanitätskolonne brachte den Verunglückten ins elterliche Haus. Hoffentlich gelingt es den Bedauernswerten wieder durchzubringen. Dieser Vorfall sollte allen Turnern als erneute Mahnung zu größter Vorsicht dienen. Vor allen Dingen kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß den Anordnungen der Abteilungsleiter unbedingt Folge zu leisten ist, da diese mit der Materie von Jugend auf vertraut, ihre

Anordnungen nur zum Besten der ihnen unterstellten Turner treffen.

Schaltmühle, 23. Juli. In diesen Tagen sind hier mehrfach Fälle von Ruhr-Erkrankungen bezw. Ruhrtrank verdächtig festgestellt worden. Die große Hitze sowie der damit verbundene Genuß kalten Wassers usw. sind wohl als Erreger dieser bösen Krankheit anzusehen, die sich hoffentlich nicht zu einer Epidemie ausbreitet.

Lüdenscheid, 23. Juli. Die Einwohnerzahl des Amtes Lüdenscheid beträgt nach der letzten Volkszählung 12 207, davon sind evangelisch 10 312, katholisch 1564, jüdischen Bekenntnisses und andere 331. In Hülfscheid sind 3558 Eingetragene, davon 3265 evang., 209 kath., 84 jüdisch und andere, somit hat die Landgemeinde Lüdenscheid eine Gesamtbevölkerung von 15 765.

Lüdenscheid, 21. Juli. Die Schupo abgerückt. Nachdem Bochum von der Belagerung befreit ist, konnte die Schupo, welche bei uns in Lüdenscheid eine Zufluchtsstätte gefunden hatte wieder an ihren Standort zurückkehren. Sie rückte gestern abend in einer Stärke von etwa 80 Mann ab, nur noch einige wenige Offiziere und Wachmeister sind zur Abwicklung der Geschäfte auf einige Zeit hier geblieben. Es ist festzustellen, daß die Schupo seitens der Bürgerschaft bestes Entgegenkommen gefunden hat. Sie erkennt dies auch an, in dem sie sich in folgenden Zeilen verabschiedet: „Die ausgewiesene Schutzpolizei Bochum-Herne kehrt am 20. Juli in ihren alten Standort zurück. Für die uns während unseres Hierseins entgegengebrachte Gastfreundschaft und für das wohlwollende Entgegenkommen sagen wir der gesamten Bevölkerung der Stadt Lüdenscheid unseren herzlichsten Dank. Auf diesem Scheidewege rufen wir allen Bürgern ein herzlichliches Lebewohl zu.“

Dortmund, 21. Juli. Die Erwerbslosigkeit in Dortmund. Die Zahl der vollunterstützten Erwerbslosen im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Dortmund ist nach einer Mitteilung des städtischen Pressedienstes in der Zeit vom 1. bis 15. Juli von 2735 auf 2820 gestiegen. Hiervon entfallen auf männliche Personen 2704 und auf weibliche 116.

### Das dritte westfälische Verbandschießen.

Der Bezirksverband der südwestfälischen Schützenvereine eröffnete am Samstagmorgen um 10 Uhr sein drittes Verbandschießen. Auf dem letzten Delegierten-tag war beschlossen worden, dieses Verbandschießen in Hagen stattfinden zu lassen. So kündeten denn laute Böllerschüsse am Samstagmorgen auf dem wunderbar gelegenen Schießplatz des Wehringhauser Schützenvereins daß das 3. Verbandschießen seinen Anfang nehmen sollte. Mitglieder der verschiedenen Hagener und auswärtiger Vereine, dazu die Spitzen der Behörden, wohnten der Eröffnung des Schießens bei. 56 Vereine sind dem Verband südwestfälischer Schützenvereine angeschlossen. Daraus ergibt sich schon, daß die Beteiligung an dem großen Preisschießen sehr groß ist. Der Wehringhauser Schützenverein hat das große Fest auf das sorgfältigste vorbereitet. Der idyllisch, in der Nähe der Waldbucht im Stadtgarten gelegene Schützenstand ist bedeutend erweitert und modernisiert worden. Sechzehn Schießstände bieten die Möglichkeit, daß sich das große Preisschießen sehr flott und ohne Störungen abwickelt. Das will bei der großen Beteiligung am Wettkampf etwas heißen. Die Schießstände sind mit den Zielpfählen durch Telefon und elektrische Signale verbunden. Das ist eine der modernsten Einrichtungen, die man nur auf wenigen Schießplätzen vorfindet. Es ist interessant, zuzusehen wie sich die Schützen eifrig darum bemühen, trefflichere Schüsse auf die 175 Meter weit gelegenen Schießscheiben abzugeben. Es gehört wahrlich viel Übung und vor allem eine sichere Hand dazu, mit Rücksicht auf das weite Ziel eine hohe Punktzahl zu erreichen und als Preisträger aus dem Kampf hervorzugehen. Lustig ist aber auch die Knallerlei die beinahe ununterbrochen den Tag über fort dauert. Das wunderbare Schützenheim bietet den Schützen schöne Gelegenheit ab und zu vom Kampf abzustehen und eine Atempause zu machen. Das gleichfalls vergrößerte Heim wird sicherlich bei den Gästen, die es in den nächsten Tagen zu bewirten hat, große Bewunderung und Lob erwecken. Das Preisschießen nimmt seinen weiteren Verlauf am Freitag, morgen von 9 bis 12 und nachm. von 2 bis 7 Uhr. Am Samstag beginnen dann die großen Feierlichkeiten. Nachmittags von 4 bis 7 Uhr findet ein großes Konzert statt. Um 8 Uhr abends beginnt der Schützenkommers mit Damen. Sonntagmorgen in aller Frühe ertönt der Weckruf. Vormittags ist ab 11 Uhr ein Frühkommers. Nachmittags versammelt man sich auf der Springe zu dem großen Festzug. Abschließend beginnt ein Konzert mit Tanz. Montagvormittag um 11 Uhr kommt man zum Frühschoppen zusammen; nachmittags um 4 Uhr ist wieder Konzert und abends um 8 Uhr, der Clou des Programmes: Preisverteilung und großer Schützenball. Das Schützen- und Volksfest findet im Festzelt in der „Waldbucht“ und im „Schützenheim“ statt.

### Nah und Fern.

Wassernot in Berlin. Die neue Fichtelwelle hat Berlin erneut Wassernot gebracht. Die südwestlichen und ein Teil der westlichen Vororte besitzen in den oberen Stockwerken keinerlei Wasser mehr, so daß die unerträglichen und unhygienischen Verhältnisse, die vor einigen Wochen in Berlin herrschten, eine Neuauflage erleben.

Die Forsteute tritt wieder auf. Die Forsteute, die vor zwei Jahren in den pommerschen Wäldern unermesslichen Schaden angerichtet hat, tritt im Münchendorfer Bauernwalde bei Arnimswalde von neuem auf. Ganze Schonungen sind bereits kahl gefressen. Falls nicht energische Schutzmaßnahmen ergriffen werden, gehen auch die benachbarten höheren Bestände demselben Schicksal entgegen.

Nicht Gebäude niedergebrannt. Ein Großfeuer entstand in dem an der polnischen Grenze gelegenen Dorfe Jellentsch. Bei der großen Hitze griff das Feuer schnell um sich und legte acht Gebäude in Asche. Verbrannt sind außer einer großen Anzahl Vieh beträchtliche Erntevorräte.

Schredensstat eines Siebzehnjährigen. Wie aus Königshütte gemeldet wird, wurde der Kassierer Jerny, der bei einem Runden in Michalowitz eine größere Summe einsammeln wollte, von einem 17-jährigen Anae-

renten des Knden mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen und um 8000 Blutzeraubt. Eine Frau brach beim Anblick des blutüberströmten Mannes ohnmächtig zusammen und verstarb bald darauf. Der jugendliche Mörder machte dann einen Selbstmordversuch und liegt in hoffnungslosem Zustand danieder. Es scheint sich um eine Wahnsinnstat zu handeln.

Waldbrand im Oldenburgischen. Zwischen Rastede und Nadorst im Oldenburgischen wütet ein großer Wald- und Heidebrand. Mehrere Häuser mußten schon geräumt werden. Die Einwohner sind in großer Zahl dabei, das Feuer einzudämmen. Die Reichswehr ist alarmiert worden.

### Epidemische Krankheiten.

Die Typhusherde in Solingen und Anklam.

Fast gleichzeitig kamen in den letzten Tagen aus zwei räumlich weit auseinanderliegenden Provinzen unseres Vaterlandes, aus dem Rheinland und aus Pommern, besorgniserregende Nachrichten über typhöse Erkrankungen, die einen epidemischen Charakter anzunehmen schienen. Um das Maß des Unheilvollen zu vergrößern, liefen etwa um dieselbe Zeit Meldungen über Pockenkrankheiten im Badischen ein. Diese letzteren Berichte erwiesen sich glücklicherweise sofort als stark übertrieben, da die zwei oder drei Pockenfälle, die tatsächlich vorgekommen sind, nicht zu einer Epidemie aufgebauscht werden dürfen. Gemildert erscheinen auch spätere Mitteilungen über die Typhusfälle im westlichen Deutschland; nur in Solingen soll es sich um die schwerste Form des Typhus, den Abdominal-, Darm- oder Unterleibstyphus, handeln, während in ein paar anderen Rheinländern nur der nicht ganz so gefährliche Paratyphus festgestellt worden ist. Als ernst jedoch muß die Lage in Anklam angesehen werden: hier sind, nach amtlichem Ausweis, zahlreiche bedenkliche Erkrankungen vorgekommen, und mehrere haben leider einen tödlichen Ausgang genommen. Man darf zu der Umsicht und der Tatkraft deutscher Behörden und deutscher Ärzte, die schon größerer Epidemien Herr geworden sind, volles Vertrauen haben und damit rechnen, daß eine weitere Ausbreitung der pommerschen Typhusepidemie verhindert werden kann und wird.

In der Regel verursachen nur die Infektionskrankheiten wie Cholera, Influenza, Scharlach, Masern, Typhus, Blattern, Gelbes Fieber, Daulenpest usw. Epidemien oder Seuchen, die sich zu bestimmten Zeiten über größere oder kleinere Gebiete ausbreiten. Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Deutschland mehr als eine solcher Epidemien erlebt und denken noch heute mit Schrecken an die Hamburger Choleraepidemie und an die schwere Influenzaepidemie von 1918, die ungewöhnlich viele Todesopfer forderte. Merkwürdigerweise hat aber der große Krieg, der über uns hingegangen ist, nicht so viele und so verheerende Volkskrankheiten — wie man die Epidemien auch zu nennen pflegt — im Gefolge gehabt, wie man das, aus früheren Erfahrungen folgernd, bei so katastrophalen Ereignissen erwarten konnte. Das kommt daher, daß die in das Gebiet der öffentlichen wie der privaten Hygiene gehörenden Schutz- und Hilfsmittel gegen Epidemien in

Deutschland mit aller Energie zur Anwendung gelangen, so daß selbst gefährlichste Epidemien, die im nahen Ausland wühten, von unseren Landesgrenzen ferngehalten werden konnten.

Was nun den Typhus anlangt, so ist er eine der häufigsten akuten Infektionskrankheiten. In der Häufigkeitskala der Todesursachen rangiert er unmittelbar hinter Tuberkulose und Lungenerkrankungen; wenigstens gilt dies Verhältnis für die arbeitende erwachsene Bevölkerung. Es kann aber zur Beruhigung aller ängstlichen Gemüter gesagt werden, daß Typhusepidemien nur selten einen besonders großen Umfang annehmen. Die größte Häufigkeit der Erkrankungen fällt in den Hoch- und in den Spätsommer, die kleinste in den April und Mai. Am häufigsten werden frische junge Individuen befallen, und zwar meist in dichtbesiedelten Gegenden. Das Überleben des Typhus verleiht in den meisten Fällen für das ganze fernere Leben Immunität gegen neue Typhuserkrankung. Die Übertragung des Typhus findet, nach ärztlichen Feststellungen, am häufigsten durch den Inhalt des Darms eines Erkrankten statt, weit häufiger als durch Trinkwasser oder durch ungekochte Milch. Die Möglichkeit der Entstehung von Epidemien wird begünstigt durch die ungemein große Haltbarkeit des Typhusbazillus: er bewahrt seine Lebens- und Ansteckungsfähigkeit Wochen und Monate hindurch, vermehrt sich aber außerhalb des menschlichen Körpers fast nie. Besonders bemerkenswert ist, daß es sogenannte „Bazillenträger“ gibt, Personen, die zu irgendeiner Zeit den Typhus gehabt haben, dann geheilt worden sind, aber noch lange danach, ohne daß sie es wissen, Bazillen mit oder in sich herumtragen und dadurch ansteckend auf ihre Umgebung wirken können. Früher hatte man angenommen, daß auch bei Haustieren Typhus als eine dem menschlichen Typhus entsprechende Krankheit vorkommen könne; das hat sich jedoch als falsch erwiesen, und deshalb sind die Bezeichnungen Pferdetyphus für die Pferdepest und Schweinetyphus für den Rotlauf der Schweine unzutreffend.

Dr. W.

### Kleine Nachrichten.

Glückwunsch des Reichstanzlers an Minister a. D. Heinze. Berlin, 22. Juli. Reichstanzler Dr. Luther hat dem ehemaligen Vizekanzler und Reichsjustizminister Erzelenz Heinze anläßlich der Vollendung seines 60. Lebensjahres in herzlichen Worten telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen.

Die Tabaksteuer im Steuerauschuß.

Berlin, 22. Juli. Im Steuerauschuß des Reichstages wurde unter Ablehnung weitergehender Anträge der in der Regierungsvorlage vorgesehene Zollfuß von 80 Mark für den Doppelzentner Roh tabak angenommen. Weiter wurde im Prinzip die Kombination zwischen Vonderol- und Materialsteuer gebilligt. Die Wirtschaftliche Vereinigung ließ erklären, daß sie sich für das Plenum volle Handlungsfreiheit vorbehalte.

Zum Bauarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 22. Juli. Der Polizeipräsident von Berlin hat an den Schlichter von Groß-Berlin, Minister a. D. Wiffel, die Bitte gerichtet, den Versuch zu unternehmen, eine Einigung im Bauarbeiterstreik herbeizuführen.

### Essen am 25. Juli frei.

Essen, 22. Juli. Die Befehlshaberkommandantur in Essen hat dem Befehlshaber mitgeteilt, daß sämtliche von den Befehlshabern befestigten Quartiere bis zum 25. Juli den deutschen Behörden übergeben sein müssen. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind vier Kommissionen mit je einem deutschen Mitglied eingesetzt worden, die heute etwa 50 Quartiere übergeben haben.

### Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 22. Juli.

\* Börsenbericht. Die Börse zeigte zunächst den deutlichen Willen zu einer freundlicheren Tendenz, die Anjangskurse lagen über den letzten amtlichen Notierungen, aber da die Spekulation so gut wie gar nicht durch Aufträge aus dem Publikum unterstützt wurde, konnten sich diese Kursaufbesserungen nicht behaupten und es kam im weiteren Verlauf sogar zu teilweise nicht unerheblichen Kursabschlägen. Am Markt der deutschen Anleihen ging es infolge von Deckungsstufen vorübergehend etwas lebhafter zu. Am Geldmarkt trat eine kleine Erleichterung ein, tägliches Geld stieg sich auf 8,50—9,50 %, monatliches Geld auf 10—11 %.

\* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39—20,44; holl. Gulden 168,69—169,11; Danz. 80,85 bis 81,05; franz. Frank 19,80—19,84; belg. 19,42—19,46; schwed. 81,44—81,64; Italien 15,43—15,47; Schweiz. 112,86—113,14; dan. 91,39—91,61; norw. 76,20 bis 76,40; tschech. 12,43—12,47.

\* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1524, darunter Bullen 374, Ochsen 418, Kühe und Färden 729, Kälber 2100, Schafe 7100, Schweine 7992, Ziegen 25, Schweine aus dem Ausland 294. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennig: Ochsen a) vollfleischige ausgemästete 50—54, b) vollfleischige ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 40—45, c) junge fleischige nicht ausgemästete 35—38, d) mäßig genährte jüngere und aufgenährte ältere 26—28; Bullen a) 50 bis 54, b) 40—45, c) 36—42; Kühe und Färden a) 47—54, b) 37 bis 43, c) 28—33, d) 22—25, e) 18—20; Fresser 32—36; Kälber a) —, b) 66—72, c) 60—65, d) 50—58, e) 42—48; Stallmästschafe a) 48—54, b) 36—42, c) 22—30; Schweine a) —, b) 81, c) 79—81, d) 77—78, e) 75—76; Säue 71—75; Ziegen 20—25. Marktverlauf: Bei Rindern und Schaffern, bei Schafen und Schweinen und Kälbern ruhig, bei Rindern und Schafen bleibt überhand.

\* Zentralhauteuktion in Stuttgart. Die Auktion war gut besucht, die Stimmung fest. Es waren 14.460 Großviehhäute, 21.193 Kalbfelle und 945 Hammelfelle ausgetrieben. Die Preise für Kalbfelle lagen durchschnittlich 8—10 %, vereinzelt 12 % höher als bei der letzten Auktion. Nachdem sich bei den Ochsenhäuten eine Preissteigerung bis zu 14 % ergeben hatte, wurde von der Auktionsleitung eine um 7—8 % erhöhte Preisbasis für die Rinderhäute abgelehnt. Meinungsverschiedenheiten über die Konjunkturtenentwicklung waren schließlich die Ursache, daß die Versteigerung vorzeitig geschlossen wurde. Die nächste Auktion findet deshalb am 4. August statt. Die wenigen Lose, welche zur Versteigerung gelangten, erzielten folgende Preise (in Pfennig): Ochsenhäute: 20—29 Pfund 90, 30—49 Pfund 88,25—93,50, 50—59 Pfund 89,50—97,25, 60—79 Pfund 99,75 bis 105,25, 80 Pfund und mehr 94—97,50; Rinderhäute: 20 bis 29 Pfund 103; Färdenhäute: 20—29 Pfund 90; Kalbfelle: unter 10 Pfund 175—186,75, über 10 Pfund 149,75—154; Fresserfelle: 105,75; norddeutsche Häute alle Gewichte: 135—140.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute Nacht 12 Uhr entschlief sanft und unerwartet unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

**Friedrich Jacobi**

im Alter von 63 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

Clara Jung geb. Jacobi  
Otto Jung  
Martha Lührmann geb. Jacobi  
Ernst Lührmann  
Hugo Jacobi  
Itze Jacobi geb. Cramer  
Ida Jacobi  
Else Jacobi  
und 6 Enkelkinder,

Halver, Lüdenscheid, Osterfeld, Allendorf a. d. Eder, den 22. Juli 1925.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 25. Juli nachm. 4 1/2 Uhr vom Sterbehause Hagenerstr. 66 aus statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

### Sitzung der groß. Kirchenvertretung

Sonnabend, den 25. Juli 1925, nachm. 3 1/2 Uhr  
Falls nicht beschlußfähig, Sonntag, den 26. Juli nach dem Gottesdienst im Konfirmandensaal beschlußfähige Sitzung  
Kirchliche Presse Verschiedenes.  
Halver, den 22. Juli 1925.  
Der Vorsitzende des Presbyteriums.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebr. Lausberg in Halver ist heute 12 1/2 Uhr nachmittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Dr. Weber in Lüdenscheid.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 10. August 1925. Anmeldefrist bis zum 15. August 1925. Erste Gläubigerversammlung am 18. August 1925, vorm. 10 1/2 Uhr im hiesigen Amtsgericht, Zimmer 87. Prüfungstermin am 14. September 1925, vorm. 10 1/2 Uhr daselbst  
Lüdenscheid, den 20. Juli 1925.  
Das Amtsgericht.

### Wegeeinziehung.

Nachdem das Verfahren über die Einziehung des öffentlichen Weges Nieder-Reeswinkel-Schalksmühle von der Bahnüberführung in Km 17, 1 und 70 der Eisenbahnlinie Hagen-Brügge bis zur Stauanlage der Firma Falkenroth Söhne in Schalksmühle durchgeführt und damit erledigt ist, wird der vorgenannte Wegeteil dem öffentlichen Verkehr hiermit entzogen.

Halver, den 22. Juli 1925.

Die Wegepolizeibehörde.

### Achtung! Achtung! Markt in Halver

Am Samstag, den 25. Juli ab 8 Uhr morgens Verkauf von  
Obst, Gemüse, Südfrüchte etc.  
zu den billigsten Tagespreisen.  
E. Schoof.

Mantel prima Qualität 3,65 Mk.  
extra prima „ 4,50 „  
Schlauche 115, 140 Pfg.  
Gebirgsdecken 5,15 5,85 Mk.

**Nähmaschinen**  
Sprechapparate  
Musik-Instrumente  
Puppen, Spielwaren

**Fahrräder**  
von 68 Mk. an, Man verlange  
kostenlos  
den reichillustrierten Katalog  
**EMIL LEVY**  
Hildesheim. 731

### Achtung! Achtung! Markt in Halver

Am Samstag, den 25. Juli ab 8 Uhr morgens Verkauf von  
Obst, Gemüse, Südfrüchte etc.  
zu den billigsten Tagespreisen.  
P. Hansen,  
(früher Vorgsette.)

Fahrräder u.  
Nähmaschinen sowie deren Ersatz  
u. Zubehörsstücke  
kauft man vorteilhaft zu bequemen  
Zahlungsbedingungen bei  
**Wilhelm Diebel,**  
Kierspe-Bahnhof.  
— Reparaturen prompt und billigst. —

### Neu eingetroffen!

KOCHE AUF VORRAT  
mit den vorzüglichsten  
Frischhaltungsgaräten der  
Firma  
**WECK**  
Oflingen  
Man verlange nur die WECK-Marke  
und lasse sich nicht täuschen.

Niederlage bei:  
**Wilh. Bell jr., Halver.**  
Kirchstraße 5.  
Gustav Schröder, Schalksmühle.

Erhalte jetzt 2 mal  
wöchentlich, Montags  
und Freitags  
frisches  
**Michelbrot.**  
Erich Lausberg  
Anschlag.  
Spazierstöcke  
empfiehlt  
Wilh. Bell jr.

Wir suchen für schnell-  
sten Eintritt tüchtigen,  
jüngeren  
**Automaten-  
steller**  
der möglichst auf Offen-  
bacher Automaten einge-  
arbeitet ist, sowie  
**jüng. Mädchen.**  
Kemper & Kleinhaus,  
Halver, Fernruf 79

**Tanz-Schule.**  
Zu dem am Sam-  
tag, den 25. Juli ab  
abends 8 Uhr im  
im Lokale des Herrn  
Cramer, Kierspe-Bhf.  
stattfindenden  
**Schluß-Ball**  
ladet ergebenst ein  
Fr. Kattwinkel  
Tanzlehrer.

**Turn-Verein  
Grünenbaum**  
Sonnabend, 25. d. M.  
abends 7 Uhr im  
Vereinslokal  
**Gemütl. Abend**  
geschlossen nur für Mit-  
glieder mit ihren Damen.  
Unsere Ehren- und  
passiven Mitglieder sind  
hierzu herzl. eingeladen.  
Der Vorstand.

Westf. Bauernverein  
Halver.

Freitag, den 24. Juli  
nachm. 3 Uhr im  
Gasthof zur Post  
**Bersammlung**  
Vortrag  
des Herrn Dr. Golte  
1. Die neue Grundbes-  
wertung und Aufwer-  
tungsfragen  
2. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

Konsumverein für  
Halver u. Umgegend  
e. G. m. b. H.  
**General-  
Versammlung**  
am Samstag, 1. August  
nachm. 5 Uhr im Fas-  
benderischen Saale.  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht.  
2. Wahlen  
Der Vorsitzende  
des Aufsichtsrats.

**Landwehr-Verein  
Halver.**  
Zur Teilnahme an  
der Beerdigung un-  
seres verstorbenen  
Kameraden  
**Friedrich Jacobi**  
wollen die Mitglie-  
der am Samstag,  
den 25. Juli nachm.  
4 Uhr zahlreich am  
Vereinslokal antre-  
ten.  
Der Vorstand.

**Walter Heukelbach  
Else Heukelbach**  
geb. Böhle  
**Vermählte.**  
Halver, den 24. Juli 1925.

**Butterbrotpapier**  
empfiehlt  
**Wilh. Bell jr., Halver i. W.**